

Die Familienfrage ist die Zukunftsfrage

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sind aktuell von mehreren existenziellen Problemen betroffen – von der ökologischen Krise und der Migration bis hin zu Rente, Pflege und Gesundheitswesen. Das Kernproblem, so unterstreicht der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof im Interview mit Michael Winter, sei dabei aber der Generationenvertrag.



Foto: imago

Herr Professor Kirchhof, als langjähriger Richter am Bundesverfassungsgericht waren Sie ständig am „Puls“ des Grundgesetzes. In diesen Wochen wurde dessen 75-jähriges Jubiläum begangen. Für viele ein Grund zum Feiern, für andere aber auch Anlass, ihre tiefe Sorge um die Stabilität unseres Gemeinwesens auszudrücken angesichts extremistischer Umtriebe und Spaltungstendenzen. Wie ist Ihnen persönlich im Blick auf dieses Jubiläum zumute?

Mein persönlicher Blick ist bestimmt von der Dankbarkeit für 75 Jahre Frieden, die Entfaltung einer selbstbewussten und freiheitlich gesonnenen Gesellschaft, eines in Europa und der Weltgemeinschaft anerkannten demokratischen Rechtsstaates, für das Leben in einer großen Familie, eine unbeschwerte Jugend, ein faszinierendes Studium, eine religiöse Weite, die, wie unser Grundgesetz sagt, eine „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ vermittelt. Als Richter habe ich erlebt, wie das Konzept des Grundgesetzes gelingen kann, Streit allein in sprachlicher Auseinandersetzung – ohne Faust und Fehde – zu schlichten. Diese ideellen und materiellen Strukturen unseres Gemeinschaftslebens gehen nicht verloren. Sie werden uns befähigen, auf Menschen zuzugehen, die zu Extremen neigen und die wir für dieses Konzept eines Lebens in friedlicher Freiheit gewinnen müssen. Das wird anstrengend, ist aber möglich.

Es scheint, als ob uns gerade Probleme einholen, die eigentlich schon lange auf der Tagesordnung stehen. Neben der ökologischen Krise und Migration sind vor allem die Rente, die Pflege und das Gesundheitswesen betroffen. Dazu kommt die Herausforderung einer neuen Sicherheitspolitik. Mitunter scheint es, als könnte es für ein Umsteuern zu spät sein. Haben wir noch Handlungsspielraum?

Ein Kernproblem unserer Gegenwart ist der Generationenvertrag, der daran leidet, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren und in Familien gut erzogen werden. Wenn dem Vertrag teilweise der Schuldner fehlt, wird die nächste Generation unsere Versprechen nach einer sicheren Rente, nach einer Pflege im Alter und bei Krankheit, nach gesundheitlicher Vorsorge und Heilung nicht erfüllen können. Das Kernproblem des Generationenvertrags ist deshalb die Familienpolitik. Sie wird die jungen Menschen in die Lage versetzen müssen, den Willen von Mann und Frau zum Kind und zum Beruf verwirklichen zu können und für die Leistung der Kindererziehung allgemeine Anerkennung und auch ökonomische Honorierung zu finden. Kinder und Enkelkinder sind nicht nur individuelles Glück für Eltern und Großeltern, sondern auch Bedingung für das demokratische Staatsvolk und für Wohlstand durch hinreichende Arbeitskräfte, Unternehmer, Konsu-

menten und durch eine ideenreiche Jugend. Die Familienfrage ist die Zukunftsfrage unserer Zeit. In der Klimakrise sind wir auf einem guten Weg, machen aber den Fehler, unsere ökologietechnisch gut aufgestellten Kraftwerke stillzulegen und dann unseren Energiebedarf bei schlechter ausgestatteten Kraftwerken zu decken. Die Weltklimabilanz ist dann negativ.

Umfragen zeigen, dass die Migration für sehr viele Menschen derzeit das wichtigste Problem darstellt. Eine Konsequenz war vor Kurzem der europäische Asylkompromiss: Flüchtlinge sollen in haftähnlichen Lagern an den EU-Außengrenzen dahingehend überprüft werden, ob sie überhaupt Chancen auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Europa haben. Kritiker sprechen von einer quasi Abschaffung des Asylrechts. Zu Recht?

Das Asylrecht des Grundgesetzes hat schon heute praktisch keine Bedeutung mehr, weil fast alle Flüchtenden auf dem Landwege zu uns kommen. Damit haben sie bereits in anderen Ländern einen sicheren Ort gefunden, die als „sichere Drittstaaten“ ähnlich wie wir Menschenrechte und politische Sicherheit gewährleisten. Wer aber schon Zuflucht erreicht hat, braucht nicht mehr den Schutz unseres Staates. Wenn nun die Flüchtenden an den EU-Außengrenzen ihr Recht auf einen Aufenthalt in Europa prüfen lassen sollen, hat dieses



Foto: privat

Paul Kirchhof (1943 geboren) war von 1987 bis 1999 Richter am Bundesverfassungsgericht. Bis 2013 hatte er an der Uni Heidelberg einen Lehrstuhl für Staatsrecht inne. Er ist zu Gast beim „Badischen Dialog“ am 18. Juni in der Katholischen Akademie.



Verfahren jedenfalls den Vorteil, dass diesen Menschen die Gefahren, Ängste und Kosten eines langen Fluchtweges erspart bleiben. Die Probleme der Fluchtbewegungen sind damit nicht gelöst. Wir werden die Fluchtursachen in ihren Herkunftsstaaten bekämpfen, vielleicht junge Menschen nach ihrem Schulabschluss in einem sozialen Jahr mit hinreichend Kapital ausstatten müssen, um in gemeinsamer Arbeit mit den fluchtbereiten Menschen dort Straßen, Brunnen, Schulen und Handwerksbetriebe aufzubauen. Für die lange Übergangszeit werden wir ein europäisches Verteilungssystem schaffen müssen, das jedem Flüchtenden in Europa einen Zufluchtsplatz sichert, der möglichst seinen Lebensgewohnheiten, seinem Klima, seiner Sprache und seiner Religion angenähert ist.

Im direkten Zusammenhang mit der Migration steht die Frage der Integration. Das hat der schreckliche Mord in Mannheim noch einmal gezeigt. Der Täter schien längst hier angekommen und hatte offenbar keine Verbindung zur islamistischen Szene. Trotzdem hat er sich radikalisiert. Ist diese Tat ein Fanal dafür, dass wir die Grenzen unserer Integrationsfähigkeit erreicht haben?

Das Grundgesetz spricht jedem Menschen eine gleiche Würde zu. Dieser Garantie liegt die christliche Vorstellung zugrunde, jeder Mensch sei nach dem Bild Gottes geschaffen. Dieses

Termin

„Migration in Europa – Die Integrationskraft von Religion und Verfassung“, unter diesem Titel steht eine Tagung im Rahmen der Reihe „Badischer Dialog – Kirche und Staat in Europa“ am 18. Juni zwischen 10 und 16.30 Uhr in der Katholischen Akademie Freiburg. Der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof und die Wiener Theologieprofessorin Regina Polak beleuchten das Thema aus juristischer und theologischer Perspektive. Ihre Impulsvorträge und das nachmittägliche Podiumsgespräch werden per Livestream übertragen. Infos und Anmeldung: www.ebfr.de/badischer-dialog

Menschenbild enthält den radikalsten Freiheits- und Gleichheitssatz der Rechtsgeschichte. Das Urchristentum vermittelt ihn an eine Gesellschaft, die noch von der Unterscheidung zwischen Herren und Sklaven bestimmt ist, sich nun mit der Lehre auseinandersetzen muss, dass jeder Mensch mit Würde begabt, in seinen Unzulänglichkeiten zu einem guten Leben befähigt ist. Mit diesem Vertrauen in jeden Menschen ist allerdings nicht gesagt, dass jeder Mensch sein Leben in Deutschland verbringen, erst recht nicht, dass der Staat gegenüber Straftätern nicht wirksam vorbeugend und strafend tätig werden dürfe. Wenn die Struktur unseres freiheitlichen Gemeinwesens gefährdet und unser Staat sicherheitspolitisch, in seiner Humanität, auch in seiner Finanzkraft überfordert ist, wird er Grenzen der Aufnahmekapazität festsetzen müssen. Für die höchst unterschiedliche Flüchtlingspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union könnten Christen an den rechtsverbindlichen Würdeanspruch jedes Menschen erinnern.

Erheblichen Anteil daran, dass die große Zahl von Geflüchteten insbesondere seit 2015 bewältigt werden konnte, hatte die Zivilgesellschaft, auch und gerade die Christen und die Kirchen. Allerdings schrumpft deren Anteil ebenso wie ihre gesellschaftliche Bedeutung. Etwas pauschal gefragt: Braucht diese Gesellschaft überhaupt noch die Kirchen?

Wenn heute gerade junge Menschen vermehrt radikal und bindingslos denken und handeln, wird ersichtlich, dass diese Jugendlichen ohne familiäre Erziehung aufwachsen, die Schulen sie sprachlich und thematisch nicht erreichen können, sie nicht in Sportvereinen Fairness und Regelgerechtigkeit lernen, nicht in Chören und Orchestern Gemeinschaft erleben. In dieser Not und Bedrängnis brauchen wir besonders die Kirchen, die eine frohe Botschaft verkünden, mitmenschliche Verantwortlichkeit und Hilfsbereitschaft lehren, Trost spenden und karitativ wirken, sinnstiftend die Jugend ansprechen und ihr Vertrauen verdienen.

Anzeige

FAMILIE SOLLTE SO EINFACH SEIN WIE FAHRRADFAHREN



FAMILIENBUND



FAMILIEN STÄRKEN GESELLSCHAFT GESTALTEN

Wir verschaffen Familien Gehör. Sei dabei!



www.familienbund-freiburg.de